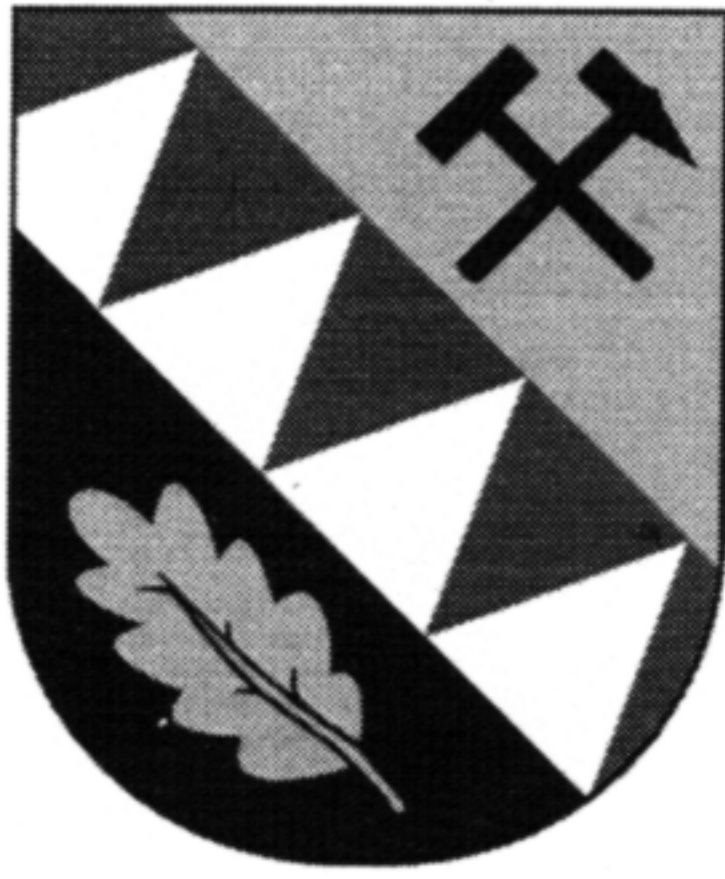




Stefan Reschke
Email: stefankin@gmx.de
Tel.: 01702813469
Fraktionsvorsitzender

Stadt Oer-Erkenschwick
Bürgermeister
Rathausplatz 1
45739 Oer-Erkenschwick

Oer-Erkenschwick, den 11.01.2026

Sehr geehrter Herr Nazir.

Antrag

Die Stadt Oer-Erkenschwick wird „Sicherer Hafen“. Der Stadtrat unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“.

Als klares Zeichen der Solidarität mit aus Kriegs- und Krisengebieten geflüchteten Menschen erklärt die Stadt Oer-Erkenschwick Ihren Beitrag, sich politisch in Gremien und Verbänden sowie gegenüber dem Land NRW und der Bundesrepublik Deutschland dafür einzusetzen, Programme und Initiativen zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einzurichten und bestehende deutlich auszuweiten.

Die Stadt Oer-Erkenschwick verurteilt alle Versuche, das Asylrecht in Deutschland und innerhalb der EU weiter auszuhöhlen.

Die Stadt Oer-Erkenschwick setzt sich insbesondere gegenüber dem Land NRW und der Bundesrepublik Deutschland dafür ein, Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus selbstbestimmt aufzunehmen.

Die Stadt Oer-Erkenschwick erklärt sich bereit, in Not und Seenot geratene Menschen auf der Flucht aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren.

Begründung:

Die Stadt Oer-Erkenschwick hat eine lange Tradition in der Integration von zugewanderten Menschen. Die Zahl der in Oer-Erkenschwick lebenden Flüchtlinge aus Krisenländern wie Syrien, Afghanistan, Ukraine und anderen Nationen war seit dem Jahr 2015 stark angestiegen.

Die Bewältigung der Herausforderung, die mit Vielfalt und Zuwanderung einhergeht, ist schon seit vielen Jahren eine wichtige Zielsetzung vonseiten der Stadt. Auch im Bereich der

Flüchtlingsarbeit engagiert sich Oer-Erkenschwick. Gemeinsam mit vielen Ehrenamtlichen und den Vereinen und Verbänden sowie der Flüchtlingshilfe der evangelischen Kirche möchte sie geflüchteten Menschen Hilfestellungen geben, damit diese sich einleben und integrieren können. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits 320 deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Allein in NRW sind es laut Seebrücke 101 Städte und Gemeinden.

Die eigenständige Aufnahme durch die Länder (und in deren Folge durch die Kommunen) konzentrierte sich bislang vor allem auf Paragraph 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz. Diese Vorschrift lässt Ausnahmen aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen zu. Sie setzt jedoch das Einvernehmen des Bundesministeriums des Inneren voraus. Die Debatte wurde schon seit geraumer Zeit ohne Ergebnis geführt – und mit Verweis auf eine „europäische Lösung“ auch verschleppt. Eine Änderung des § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz ist daher geboten. Sie sollte die Aufnahme in das Ermessen der aufnahmewilligen Kommunen stellen – und die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel durch Bund und Länder bereitstellen.

Durch die Erklärung zum Sicheren Hafen unterstützt die Stadt Oer-Erkenschwick diese Forderung ebenfalls. Sie gibt ihr ein weiteres zusätzliches Gewicht. Je mehr Kommunen dies tun, desto stärker wird der politische Druck auf die deutsche Bundespolitik. Es muss schnell gehandelt werden. Die Lage an den sogenannten Außengrenzen der Europäischen Union kostet fast täglich Menschenleben: ob im Mittelmeer, im Atlantik, im Ärmelkanal oder an den Grenzen von Polen und Kroatien.

Eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind, ist aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen geboten. Länder wie Griechenland dürfen mit dem Problem nicht allein gelassen werden – zumal der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR, Entscheidung vom 16.04.2020, Nr. 166080/20) sowie das Bundesverfassungsgericht (BVerfG, Beschluss vom 07.10.2019 – 2BvR 721/19 mit weiteren Nachweisen) menschenunwürdige Zustände in griechischen Lagern festgestellt hat. Eine noch schlimmere Situation wie in Griechenland besteht in Libyen. Hier sorgt eine Vereinbarung der EU mit Libyen und seiner korrupten Küstenwache, Geflüchtete gegen Bezahlung wieder zurückzuführen, für verheerende Zustände. In Libyen werden, nach der langjährigen Pressesprecherin des UNHCR Šunjić, die „aufgegriffenen Bootsflüchtlinge wieder in die überfüllten, von Hunger, Krankheit, Folter und Vergewaltigung geprägten Internierungslager gesteckt – ihr zufolge „ein klarer Verstoß gegen Menschenrechte“. Außerdem gibt sie an, dass 60 Menschen pro Monat laut einer Studie des UNHCR von 2020 ermordet wurden oder zu geringeren Anteilen durch Krankheiten oder Unfälle ums Leben gekommen sind. Sie fährt fort, dass die korrupte libysche Küstenwache ein doppeltes Spiel spiele. Sie verdiene an den europäischen Zuwendungen, agiert aber auch beim Menschenmuggel mit. Auf diese Weise bezahlt die EU mit ihrer Vereinbarung die Profiteure und unterstützt genau das Phänomen, das eigentlich bekämpft werden soll. **Das muss beendet werden!**

Eine Aufnahme der Menschen wirkt, gepaart mit der Einrichtung sicherer Fluchtwege, sowohl den beschriebenen Zuständen als auch dem Ertrinken im Mittelmeer entgegen. Die Seenotrettung leistet hier einen wertvollen Beitrag. Es fand in den Gremien der EU eine weitere Debatte zur Aushöhlung des Rechts auf Asyl in noch nie dagewesener Weise statt.

Sollten die vorliegenden Pläne so oder selbst in abgeschwächter Form die Zustimmung des Europaparlaments finden, dann führt dies im Ergebnis zum faktischen Ausschluss der Einreise von Flüchtenden Menschen in die gesamte EU! Dies wäre auch eine Abkehr von der Genfer-Flüchtlingskonvention! Durch die aufnahmebereiten Kommunen muss deshalb jetzt politischer Druck aufgebaut werden, damit jenseits der angedachten europäischen Lösung ein rechtlicher Rahmen hergestellt wird, der es möglich macht, über eine Verteilung der Geflüchteten Menschenleben zu retten. Es geht um Leben und Tod – und das jeden Tag mehr! Die Stadt Oer-Erkenschwick muss sich hier klar gegen den Versuch der Aushöhlung der europäischen humanistischen Grundwerte und nicht zuletzt gegen eine Aushöhlung des ersten Artikels unseres Grundgesetzes stellen. Sie trifft deshalb jetzt dem Bündnis „Sichere Häfen“ bei. Die genaue Liste der Städte aus NRW ist bei der Seebrücke zu finden. Die Stadt Oer-Erkenschwick erklärt sich zum „Sicheren Hafen“ im Sinne der Initiative Seebrücke. Gemeinsam mit anderen deutschen und europäischen Städten setzt sie sich für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein. Konkret bedeutet dies: Sie setzt sich im Rahmen ihrer rechtlichen, finanziellen und tatsächlichen Möglichkeiten im Gebiet der Stadt Oer-Erkenschwick dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden – einen sogenannten Sicheren Hafen. Dazu gehört auch die Unterstützung lokaler Flüchtlingshilfen. Sie setzt sich auch für eine Bleibeperspektive der Geflüchteten ein und fördert ihre Integration. Die Stadt Oer-Erkenschwick positioniert sich so auch gegen Abschiebungen durch unmenschliche und grundgesetzwidrige Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen. Die Stadt Oer-Erkenschwick setzt sich damit auch gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer ein und unterstützt diese. Dies geschieht zum Beispiel durch Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzielle Unterstützung oder die Beteiligung an einer Rettungsmission. Jetzt ist kommunales Handeln angesagt! Noch ist Zeit, die menschenunwürdigen Pläne in der EU zu verhindern!

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Reschke

Fraktionsvorsitzender

10. Antrag der Fraktion Die Linke vom 11.01.2026
hier: Die Stadt Oer-Erkenschwick erklärt sich zum "Sicheren Hafen"

Der Rat beschließt:

Der Initiative „Seebrücke-Schafft sicherer Häfen“ beizutreten

- 10 -

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
Bürgermeister			1
SPD	2	4	7
CDU		14	
AfD		6	
Grüne	3		
Linke	2		
SOE		2	
Schroer, S.	1		